

## **Beschluss des Landrats vom 04.04.2019**

Nr. 2578

### **13. Natürlich BL: «Zero Plastik» in öffentlichen Einrichtungen in Baselland** 2018/834; Protokoll: gs

Die Regierung lehne das Postulat ab, sagt Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP). Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Der Plastik von Einwegverpackungen ist ein täglicher Begleiter, findet **Désirée Jaun** (SP), seien es nun eingepackte Gurken, Einwegflaschen oder Plastiksäckchen. Die schädlichen Auswirkungen spüren vor allem die Natur und die Lebewesen. Sie sind bekannt und nicht abzustreiten. Die Auswirkungen fangen bereits bei der Produktion von Plastikprodukten an, bei welcher Rohöl verwendet wird und unzählige Tonnen Treibhausgas entstehen – für Produkte, die man oft nach einmaligem Gebrauch wegwirft. Dieser Entwicklung kann man entgegen wirken, indem der Plastikverbrauch konsequent eingeschränkt wird. Der Kanton soll hier eine Vorbildrolle wahrnehmen und die ökologischen Interessen höher gewichten.

Der Regierungsrat sieht zwar die Problematik und teilt auch die Sorge; er hat sich zum Ziel gesetzt, zusammen mit Basel-Stadt eine gemeinsame Abfallplanung umzusetzen. Das ist sicher ein guter Anfang – aber es reicht nicht. Der Regierungsrat will nicht vertieft prüfen und berichten, ob und wie plastikfreie öffentliche Einrichtungen möglich sind – respektive wie die Plastikprodukte zumindest reduziert werden könnten.

Der Plastikabfall ist nicht die alleinige Ursache für das Klimaproblem und die Bedrohung der Meere; das ist klar. Es wäre aber ein Ansatzpunkt. Diese Verantwortung darf man nicht wegschieben – und darum soll zumindest geprüft und berichtet werden, wie das Problem in der öffentlichen Verwaltung angegangen werden kann. Irgendwo muss man ja schliesslich anfangen. Die SP-Fraktion ist einstimmig für die Überweisung des Postulats.

Die CVP/BDP-Fraktion von **Pascal Ryf** (CVP) ist der Meinung, dass «Zero Plastic» zu weit geht. Es ist auch nicht realistisch, dies umzusetzen. Inhaltlich ist man sich absolut einig mit Désirée Jaun: In den Weltmeeren hat man ein Problem mit dem Plastik. (Der Redner war aber etwas erstaunt über die Aussage des Regierungsrats, man unternehme alles gegen die Überfischung der Meere. Auch wenn das lobenswert ist: Man fragt man sich, welchen Einfluss der Regierungsrat da hat.) Grundsätzlich ist man wie die Regierung der Meinung, das Postulat sollte nicht überweisen werden. Die andere Frage ist: Wenn man die öffentlichen Einrichtungen anspricht, so bedeutet dies, dass auch alle Schulen plastikfrei sein sollen – man darf gespannt sein, wie man dies umsetzen will. Machen die Lehrpersonen eine Eingangskontrolle – und die Schüler, die Plastik dabei haben, müssen wieder nach Hause? Oder dürfen sie ihr Znüni nicht verzehren? Man würde einen riesigen Verwaltungsapparat, Reglementierungen und Bürokratie aufbauen. Die Stossrichtung ist gut, nicht aber das Postulat.

**Christine Frey** (FDP) hat Verständnis für den Vorstoss. Es nervt die Rednerin ebenfalls, wenn sie einkaufen geht und sieht, was alles verpackt ist. Es gibt aber eine Ausnahme: die Gurke. In Plastik verpackt bleibt der Wassergehalt länger erhalten. Bei den Produkten, die man schälen kann, ist auch die Rednerin der Überzeugung, dass es keine Plastikverpackung braucht. Sie ist aber dagegen, dass man das Thema in die Verwaltung trägt: Es liegt am individuellen Einkaufsverhalten – dass man die Orangen nicht in ein Säcklein packt und die Preisetikette draufklebt. Man kann von zu Hause ein Körbchen mitnehmen anstatt an der Kasse einen Plastiksack zu nehmen. Man kann auch bei den Verkaufsorganisationen einen Input geben. Dass aber der Staat und die Verwaltung

keine Rührlöffel aus Plastik haben dürfen, wird nichts zur Lösung des Problems beitragen. Darum ist man gegen eine Überweisung.

Die SVP-Fraktion teilt die Sorgen natürlich auch, meint **Markus Graf** (SVP). Es ist beschämend und zeugt von wenig Respekt gegenüber der Natur und vielen Mitmenschen, wie auf der ganzen Welt teils mit Plastikabfällen umgegangen wird. Plastik ist aber nicht generell schlecht und erfüllt wichtige Aufgaben, wie etwa den Schutz von Mitarbeitern, die Vereinfachung von Abläufen oder die Erfüllung von gesetzlichen Anforderungen. Darum geht der Fraktion die Forderung klar zu weit. Sie vertraut zudem dem gesunden Menschenverstand der sehr gut ausgebildeten Verwaltungsangestellten, die nur dann Einweggeschirr brauchen, wenn es keine Alternative gibt.

«Zero Plastic» würde in erster Linie bedeuten, dass man alles umverpacken muss, damit man es in eine öffentliche Einrichtung bringen kann, erklärt **Daniel Altermatt** (glp). Denn die Dinge kommen so an, wie sie eben ankommen. Es ist sicher richtig, dass es viele unsinnige Sachen gibt – letztthin etwa hatte der Redner drei Tomaten in den Fingern, die in Plastikschalen statt in Recycling-Karton abgepackt waren. Solche Dinge sollte man nicht kaufen, damit sie liegen bleiben und nicht mehr angeschafft werden. Man kann aber nicht Inseln schaffen. Das Postulat wird in diesem Zusammenhang nicht zielführend sein. Man müsste das Thema grossflächig angehen. Es dürfte nicht viel Gescheites resultieren, wenn man das Postulat überweist. Es würde sich letztlich nur zeigen, dass das Anliegen nicht umsetzbar ist.

Auch **Stephan Ackermann** (Grüne) ist nicht ganz überzeugt von «Zero Plastic». Es gibt sicher Situationen, wo es richtig und sinnvoll ist, etwas in Plastik zu verpacken. Auch ist die CO<sub>2</sub>-Bilanz von Plastik nicht immer ganz so mies, wie man vielleicht im ersten Moment meint. Es ist auch viel sinnvoller, die Nahrungsmittel – egal, wie sie zuvor verpackt waren – zu gebrauchen und sie nicht wegzuwerfen. Beziehungsweise: Man sollte also besser kleine Portionen im Plastik kaufen als grosse Portionen, die nicht im Plastik verpackt sind – aber dafür nicht gegessen werden. Es ist nicht einfach! Es ist nicht schwarz-weiss. Das ist eine Herausforderung – man hat es auch bei der Klimadiskussion gesehen, der man sich (immer mehr) stellen muss. Man muss Lösungen aufzeigen und darf nicht in Schemen denken. Es geht hier um ein Prüfen und Berichten. Es gibt sicher kleine Schritte, die man in die richtige Richtung gehen könnte. Ob es wirklich ein Löffelchen aus Plastik sein muss und nicht auch ein Holzstängeli tauglich wäre – wer weiss. Ob es letztlich ein Tropfen auf den heissen Stein ist – wer weiss. Der Redner möchte dem Postulat aber nicht im Weg stehen, sondern es unterstützen. Auch die Fraktion Grüne/EVP unterstützt das Postulat. Der Landrat soll dies bitte ebenfalls tun.

**Florence Brenzikofer** (Grüne) hat eine Frage: Im Postulat sind die Grossanlässe aufgeführt. Es gibt Kantone, die an den Grossanlässen, die sie organisieren, auf Mehrweggeschirr setzen. Am Abend gibt es einen Grossanlass in Stedtli und in drei Jahren das Schwingfest. Für diesen Grossanlass wird es bekanntlich ein Abfallkonzept geben. Es sind weitere Grossanlässe geplant. Plant der Regierungsrat, auch für andere Anlässe auf Mehrweggeschirr zu setzen, wie es der Kanton Bern eben erst entschieden hat?

**Marc Schinzel** (FDP) spricht sich für eine pragmatische Herangehensweise aus. Der Vorstoss ist sicher gut gemeint. Man muss aber fragen, was am Schluss der Output ist. Wenn man ehrlich ist, so ist es etwas, das Regierung und Verwaltung heute schon machen können – und jeden Tag machen sollten. Es geht um eine Frage, die man sich immer stellen muss, wenn solche Anschaffungen gemacht werden: Nehmen wird dies oder etwas anderes? Das macht man zum Beispiel beim Binninger Fest. Man hat genau diese Überlegungen angestellt – und selbstverständlich auf Mehrweggeschirr gesetzt. Als Landrat erwartet man schlicht, dass Regierung und Verwaltung dies tag-

täglich tun. Man kann das umsetzen, ohne dass ein Bericht an den Landrat geht. Die Erstellung des Berichts dürfte viel mehr Plastik verbrauchen – für all die Kaffeebescher, welche die Autoren brauchen. Als kantonaler Parlamentarier will man doch nicht wissen, ob die BUD Holz- oder Plastiklöffeli anschafft. Da ist man auf der falschen Flughöhe. Es wird erwartet, dass die Regierung von sich aus richtig entscheidet – und ebenso die Verwaltung. Dies ist beiden Instanzen zuzutrauen – ohne dass man es in einem Bericht nachlesen muss.

Nun ist man beim sechsten oder siebten Vorstoss zum «Natürlich BL»-Thema angelangt, stellt **Klaus Kirchmayr** (Grüne) fest. Und mit grosser Enttäuschung ist zu konstatieren, dass auf der andern Seite die Weltmeister der faulen Ausreden, des «Gut gemeint, aber..» und des «Nein, das ist jetzt gerade nicht richtig, aber es sollte in diese Richtung gehen..» sitzen. War die Gegenseite nie an einer Klima-Demo der Schüler? Wenn sie zuhören würde, so würde sie die dort artikulierte Erwartung verstehen, dass die Politik etwas macht. Man darf sich sonst nicht wundern, wenn man in diesen Themen keine Kompetenz zugeschrieben erhält. Das alles ist extrem schade! Es ist der Zeitpunkt, jetzt endlich die Herausforderungen anzugehen, die man als Kanton oder als Land im 21. Jahrhundert hat – das heisst, man muss die Klimakrise endlich proaktiv angehen. Man darf nicht immer eine Ausrede finden, weshalb man etwas nicht machen kann oder etwas anderes machen sollte. Es ist aus persönlicher Sicht ein enttäuschendes Signal, das der Landrat heute abgibt. Das ist als Appell zu verstehen, nicht die Faust im Sack zu machen, sondern zum Beispiel gescheitere Vorstösse zu bringen. Der Redner ist sehr gespannt darauf.

Die Wahlen sind vorbei, die Grünen haben gewonnen, sagt **Hans-Jürgen Ringgenberg** (SVP) an Klaus Kirchmayr gerichtet. Es ist alles gut für die grüne Seite. Das heisst aber nicht, dass alles, was von der grünen Seite kommt, auch gut ist und Sinn macht. Der Vorstoss geht zu weit. Der Redner war letzthin im «Joggeli» an einem Fussball-Länderspiel, an dem es Mehrwegbecher gab. Auf den ersten Blick ist das ja wunderbar. Der Redner kennt aber die Leute, die mit diesem Zeug arbeiten müssen. Die Becher müssen gewaschen und irgendwo gelagert werden – es braucht Personal, welches diese Arbeit macht etc. Es gibt Momente, in denen es sinnvoll ist, dass man einfacheres Geschirr verwendet. Der Redner lehnt den Vorstoss als zu weit gehend ab.

**Georges Thüring** (SVP) spricht das Schwingfest und die Grossanlässe an, die Florence Brenzikof er eingebracht hat. Besucht die Kollegin solche Anlässe, wenn sie sie anführt? Das dürfte lange her sein; die Kollegin dürfte sehr jung gewesen sein. Etwas muss man wissen: Die Leute an diesen Anlässen müssen nicht vom Landrat belehrt werden. Sie wissen, was sie tun müssen. Wenn der Landrat meint, er sei sehr gescheit, so ist eine solche Haltung längst nicht mehr «in». Der Vorredner hat gesagt, man solle schauen, aus welchen Bechern man trinkt. Der Redner würde nie aus einem Mehrwegbecher trinken. Man wird aber fast vergewaltigt, aus solchen Bechern zu trinken. Man muss die Schattenseiten auch sehen. Darum die Bitte: Man soll die Leute, die ihren Job richtig machen, auch machen lassen und nicht auf etwas herumtanzen, weil es im Moment Mode ist. Jeder ist gefragt, seinen Verbrauch zu reduzieren. Die Veranstalter haben so viele Vorschriften – von den Gemeinden, den Organisatoren. Sie haben es nicht nötig, vom Landrat belehrt zu werden.

**Rolf Richterich** (FDP) hätte Klaus Kirchmayr *gerne* noch *lange* zugehört. Es war ein *starkes* Votum. Der Redner war aber noch nie an einer dieser Demos. Man darf davon ausgehen, dass die Jungen alle einen Brotsack mitgenommen haben – und beim Fast Food keinen Becher bekommen, sondern die Gamelle hinhalten und diese zu Hause auswaschen; das wäre klimaneutral. Der Redner hat noch ein Exemplar, das er gerne abgeben würde.

Der Vorstoss betrifft eine reine Exekutivaufgabe. Klaus Kirchmayr hat es geschafft, einen Grünen in der BUD zu installieren. Das ganze Facility Management des Kantons ist jetzt in grüner Hand!

Ab 1. Juli gibt es in der Verwaltung des Kantons Baselland keinen Plastik mehr. Den Vorstoss braucht es nicht.

**Marc Schinzel** (FDP) schliesst ans Votum seines Vorredners an. Klaus Kirchmayr hat der Rats-rechten viele Vorhaltungen gemacht – er ist aber in diesem Rat der Weltmeister im Einfordern von Berichten. Man hat hier eine Exekutivaufgabe. Dazu benötigt man doch keinen Bericht. Man hat es eben gehört: Man hat bald den besten Mann und Garanten an der BUD-Spitze, der sagen kann, man richte eine plastikfreie Verwaltung ein, wo immer dies möglich ist. Man muss doch nicht in einem Bericht nachlesen, wie sichergestellt wird, dass keine Kaffeekapseln, keine Einwegbecher oder Putzmittel auf Chlor-Basis angeschafft werden. Man soll dies einfach machen. Die Exekutive hat das volle Vertrauen, dass sie dies richtig tun wird – auch in der neuen Legislatur. Dafür muss man kein Papier bedrucken und Zeit investieren. Die Exekutive wird das erledigen.

Als leidenschaftlicher Taucher, der auch schon Korallen von Plastik befreit hat, hält **Markus Dud-ler** (CVP) es nicht für fair, wenn man im Kanton Baselland mit dem Meer, den Schildkröten und den Delfinen argumentiert. Man hat mit der Umweltschutz- und Energiekommission letzthin die Elbisgraben-Deponie angeschaut und kennt darum den Kreislauf im Kanton. Der Plastik wird in den Abfallsack geworfen. Das kommt in die Kehrrichtverbrennungsanlage – und die Schlacke kommt dann in den Elbisgraben. Punkt. Aus. Das Meer-Argument ist also nicht berechtigt. Berech-tigt ist aber sicher, dass man die Ressource Erdöl sparsam einsetzen sollte – weil sie endlich ist. Man hat andere Gebiete, in denen das Erdöl sinnvoller gebraucht werden kann bzw. notwendig ist (etwa im Medizinalbereich). Also: Reduktion ja – die Verwaltung wird das machen. Dafür aber braucht es das Postulat nicht.

In jungen Jahren hat **Florence Brenzikofer** (Grüne) gerne solche Grossanlässe besucht. Sie be-sucht sie auch heute noch gerne. Seit Jahren gibt es zum Beispiel an Grossanlässen in Basel – etwa am Klosterbergfest – diese Mehrwegbecher. Das funktioniert bestens mit dem Pfand. Jetzt ziehen gewisse Anlässe nach – der Kanton Bern führt das Mehrweggeschirr für seine Grossanlässe ein. Wenn man weiss, dass für das Eidgenössische Schwingfest 2022 ein solches Konzept ent-stehen wird, dann ist dies auch für andere Grossanlässe umsetzbar. Wenn man grosse Anlässe wie am Abend [Spitteler-Feier] anschaut, so sieht man, dass man mit Mehrweggeschirr sehr gut hausieren kann. Die Rednerin weiss, dass die Getränkelieferanten heute Freude haben, wenn sie die Plastikbecher gratis mitliefern können. Das ist attraktiv für sie. Von diesem Konzept mit den Plastikbechern, das sehr viel Abfall produziert, muss man aber wegkommen.

**Klaus Kirchmayr** (Grüne) räumt ein, dass er zuvor etwas emotional war und vermutlich den fal-schen Vorstoss für das Statement ausgesucht hat. Man darf aber der andern Seite zugestehen, dass es bei diesem Vorstoss tatsächlich eine gewisse Flughöhen-Thematik gibt. Aber (dies an Marc Schinzel): Was man hier macht, mag in der Umsetzung manchmal schwierig oder überkom-pliziert erscheinen. Man darf aber nicht vergessen: Was geschieht, setzt Zeichen nach aussen. Der Landrat steht im Schaufenster und glücklicherweise steht er mehr im Schaufenster als in der Vergangenheit. Wenn man von sechs oder sieben Umwelt-Vorstössen nur einen überweist, so entsteht draussen in der Summe das Bild, dass der Landrat gar nichts tun will. Nachdem der Redner zuvor von Rolf Richterich gehört hat, was er alles tun könne oder solle: Es ist bekannt, dass der Redner wie auch der eigene Regierungsrat offene Ohren und keine Scheu haben, mit der andern Seite zu sprechen. Darum der Appell: Kommt mit Ideen! Selber wird man auch auf die Gegenseite zugehen. Der Landrat trägt eine langfristige Verantwortung, die Welt nachhaltiger zu gestalten. Die Zeit des polarisierten Parlaments wird mit der nächsten Legislatur vorbei sein. Man muss gemeinsam anstreben, den Kanton vorwärts zu bringen – gerade auch in diesem Bereich. Das ist wohl der klare Wählerauftrag vom letzten Sonntag.

Kenia hat Plastiktüten verboten, sagt **Linard Candreia** (SP). Die erste Bilanz war positiv. – Man darf das Problem sicher nicht bagatellisieren. Der Redner hat Vertrauen in die Regierung, aber kein blindes Vertrauen. Darum soll es einen Bericht geben. Ein Bericht sensibilisiert. Der Redner hat auch seine Widersprüche im Zusammenhang mit dem Plastik und muss sich gewisse Fragen stellen. Mit einem Bericht kann man dazu lernen – das wäre nicht das Dummste. Man lässt den Bericht erstellen und prüft die Thematik dann nochmals. Der Landrat ist lernfähig. Darum soll man Ja sagen zum Postulat und den Bericht abwarten.

**Paul Wenger** (SVP) hat immer ein Plastiksäcklein dabei, wenn er irgendwo hingehet. Wenn es zerrissen ist, gibt es ein neues. Es soll hier aber eine offizielle Einladung an Klaus Kirchmayr ausgesprochen werden: Dieser hat die Schüler genannt, welche Klima-Streiks durchführen. Sie machen das aus Überzeugung, der Redner will ihnen nicht davor stehen. Auf dem Handy des Redners sind aber etliche Fotos aus dem Schulhaus, in dem er noch unterrichtet: Sie zeigen Klassenzimmer nach den Lektionen oder den Flur nach dem Mittag. Was man da antrifft, ist eine brutale Sauerei. Klaus Kirchmayr ist eingeladen, mit den Jugendlichen über die Fotos und den Klimaschutz zu sprechen. Es gibt Jugendliche, die auf das Reinigungspersonal verweisen. Das ist heute die Haltung vieler Jugendlicher. Es ist ein kleiner Widerspruch, dass man einerseits auf die Strasse geht und andererseits ein derartiges «Puff» hinterlässt. Im Schulhaus werden abends unzählige Kilo Müll – Plastik, Karton – zusammengekehrt. Die Fotos vermitteln eine etwas andere Optik.

**Saskia Schenker** (FDP) betont an die Adresse von Linard Candreia, dass man das Problem überhaupt nicht bagatellisiere. Wenn Klaus Kirchmayr nun aber sagt, man müsse Zeichen setzen: Ja, die Jugendlichen demonstrieren – und die Grünen nutzen dies mit Vorstoss-Serien, eben um solche Zeichen zu setzen. Wichtig ist aber, dass der Landrat zeigen muss, was er effektiv macht und was effektiv am Laufen ist. In der Begründung des Regierungsrats, warum er den Vorstoss ablehnt, steht klar: Es gibt ein partnerschaftliches Geschäft Abfallplanung Baselland/Basel-Stadt 2017. Ziel ist es, eine zukunftsgerichtete Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft zu erreichen. Das zeigt genau, was gemacht wird. Die Gegenseite soll doch bitte helfen, diese Programme, welche die Regierung umsetzt, zu transportieren. Man soll das anschauen und die Resultate begutachten. Es gibt weitere Beispiele. Man hat etwa den Energiebericht, man hat in diesem Saal entschieden, dass die Verwaltung beim Strombezug stärker auf erneuerbare Energien umstellen soll. Und, und, und. Die Verwaltung soll auch den Energieverbrauch reduzieren. Es gibt viele solche Beispiele. Man muss dies aber aufzeigen – anstatt immer weitere Symbolpolitik-Vorstösse zu lancieren, die bloss Zeichen setzen.

Es sind nicht die Berichte, welche bewegen, sagt **Rolf Richterich** (FDP) an die Adresse von Linard Candreia. Sondern die Einstellung, mit welcher man jeden Tag handelt. Wenn es normal wird, dass man an einem Fest keinen Plastik mehr hat, dann merkt man das vielleicht gar nicht mehr – weil es normal ist. Stefan Zemp sei gefragt, ob ihm aufgefallen ist, dass am letzten KMU-Grill in Augst kein Plastik-, sondern normales Geschirr, normale Gläser und Besteck aufgetischt wurden. Das war ein Zero-Plastic-Anlass, notabene vom Lieblingsgegner organisiert. Selbst dort hat man es begriffen. Es ist nicht so, dass die bürgerliche Seite nur redet und nichts macht – vielleicht ist es sogar umgekehrt.

Dass die Bürgerlichen in diesem Thema keine Kompetenz haben, will **Christine Frey** (FDP) nicht auf sich sitzen lassen. Auch die Rednerin war einst jung – damals hiess es «Jute statt Plastik». Das hat etwas bewirkt, es hatte eine Vorbildfunktion, bei den Eltern, bei den Kindern, ebenso bei den Kindern der Rednerin. Wenn man wirklich auf der ganzen Welt etwas bewirken will, so nützt es nichts, wenn man in der Gemeinde, dem Kanton oder der Schweiz immer strenger wird. Wenn man etwas bewirken will, muss man die Schweiz als Vorbild auf der ganzen Welt bekannter ma-

chen. Es ist Klaus Kirchmayr zu empfehlen, dass er seinen Parteifreunden auf der ganzen Welt die Schweizer Gesetzgebung als Musterbeispiel zustellt.

**Hans-Jürgen Ringgenberg** (SVP) fühlt sich herausgefordert: Der Redner hat noch nie an einer Demo der Klimaschützer teilgenommen. Was der Redner aber auch nicht gemacht hat – er hat keine Wahlpropaganda in Plastiktütchen verteilt. Die grüne Partei Gelterkinder lässt grüssen! Man soll bitte zuerst vor der eigenen Haustüre kehren, bevor Vorwürfe gemacht werden.

Es ist schade, so sagt **Rahel Bänziger** (Grüne), wenn man die Jungen verunglimpft. Es ist nicht klar, ob es die gleichen Leute sind, die demonstrieren bzw. bei Paul Wenger allen Dreck liegen lassen. Was auch stört ist, dass man von den Jungen mehr verlangt, als man selber bereit ist zu tun. Es wird immer gesagt: «Zuerst müsst ihr dies und jenes tun, bevor man euch ernst nehmen kann» – so funktioniert es nicht. Das hat auch früher nicht so funktioniert. Die Jungen sind aufgestanden und wehren sich – sie suchen Wege, und sie haben schon viel erreicht mit ihren Demonstrationen. Dass sie nicht perfekt sind, ist klar. Sie haben aber noch Zeit, um erwachsen zu werden. Man ist einmal jung und soll sich ausleben. Man soll aber auch die Möglichkeit haben, sich für etwas zu wehren, das einem wichtig ist. Wichtig wäre es auch, diese Jungen ernst zu nehmen – und den Dialog zu suchen, um zu schauen, worum es geht. Damit man mit ihnen zusammen etwas machen kann. Saskia Schenker hat recht: Es gibt viele Dinge, die man gut macht. Aber auch diese Dinge könnte man im Dialog aufzeigen und schauen, was noch mehr getan werden könnte. Man könnte dann auch fragen, was die Jungen zusätzlich machen könnten. Verunglimpfungen und Herablassung aber sind nicht der Weg. Alle waren einmal jung und haben über die Stränge geschlagen. Hut ab vor den Jugendlichen, die für das Klima auf die Strasse gehen!

Selbstverständlich hat **Stefan Zemp** (SP) mitbekommen, dass am KMU-Grill wiederverwertbares und abwaschbares Geschirr benutzt wurde. In Sissach gibt es ein Jazz-Festival, an dem der Wein seit zehn Jahren aus Gläsern getrunken wird. Man holt von der Bürgergemeinde Teller und Besteck, wäscht es nachher ab und bringt es zurück. Man darf aber nicht glauben, dass jeder im Kanton einen solchen Weitblick hat und die Situation von alleine realisiert. Dazu braucht es eine Sensibilisierung – genau das findet mit einem solchen Postulat statt.

Langsam haben alle verstanden, wo das Problem an diesem Vorstoss liegt, sagt **Balz Stückelberger** (FDP). Darum soll nicht weiter darüber geredet werden – man soll besser etwas unternehmen. Die 90 Leute in diesem Saal sind alle in irgendwelchen Vorständen und OK von Festen und Anlässen. Wenn alle sich vornehmen, bei einem nächsten Entscheid auf Plastik zu verzichten, so ist vermutlich mehr erreicht, als wenn ein bemitleidenswerter Verwaltungsangestellter in einem Bericht alle Möglichkeiten aufzeigen muss. Klaus Kirchmayr ist herzlich eingeladen, am 4. Mai am Dorfmarkt in Arlesheim an den FDP-Stand zu kommen: Wenn er dort ein Stückchen Plastik findet, hat er den ganzen Tag gratis Konsumation.

**Oskar Kämpfer** (SVP) stimmt Balz Stückelberger zu. Das Geschäft hat einen ganz anderen Inhalt – nämlich die Nachbearbeitung der Wahlen. Der Redner wehrt sich vehement gegen die Unterstellung, man nehme die Jungen nicht ernst. Im Gegenteil: Man hat heute gehört, was im Landrat alles beschlossen wurde. Das zeigt eben, dass man das Thema Klima – und auch die Jungen – sehr ernst nimmt. Aber: Es ist selbstverständlich so (Hans-Jürgen Ringgenberg hat es gezeigt), dass dies von allen beteiligten Gruppen (von den Jungen, aber auch von den Grünen) die Befolgung der Richtlinien voraussetzt. Man kann nicht über Plastik reden und es dann selber verwenden. Darum ist es legitim, darauf hinzuweisen, dass *alle* sich an den Verbesserungen des Klimas bzw. der Vermeidung schädlicher Klima-Effekte beteiligen müssen. Es ist schön, dass man dies anhand dieses Beispiels diskutieren konnte. Es ist zu hoffen, dass dies bei den nächsten Vorstössen

eingehalten wird. Wenn man genau analysiert (dies an Klaus Kirchmayr), warum die letzten Vorstösse abgelehnt wurden, so ist es genau, weil sie nicht die intendierte Wirkung haben, welche die Urheber sich erhofft haben. Man muss die Frage nach der Wirkung vielleicht nochmals ansehen: Ist sie gut genug – oder wäre der Aufwand der Verwaltung so viel grösser, dass man nirgends hinkommt? Anders gesagt, es sind ganz konkrete Vorschläge für Verbesserungen gefragt – und keine Aufträge zu einer Prüfung. Man würde erstaunt feststellen, dass der Kanton bereits unterwegs ist. Wenn Klaus Kirchmayr wie gesagt auf die Leute zugeht, wäre dies wohl der beste Weg – das nützt dem Klima und der Umwelt am meisten.

**Linard Candreia** (SP) stellt eine moderatere Tonlage fest. Ein Wort noch zu den Widersprüchen: Alle – der Redner einbezogen – sind widersprüchlich. Wenn man dies aber weiss – das ist wichtig – hört man mit den Schulzuweisungen auf. Wenn man weiss, dass man in ökologischen Fragen widersprüchlich handelt, wird man dem Gegenüber automatisch keine Schuldzuweisungen machen. Es gibt den Bibelspruch: «Wer unschuldig ist, werfe den ersten Stein.» Der Redner wird den ersten Stein nicht werfen. Gleichzeitig aber soll man Ja sagen zum Postulat.

**Miriam Locher** (SP) macht einen Rückblick. Vor zwei Wochen hat die Rednerin von der Gegenseite gehört, dass Zeichen unnötig sind und nichts bringen; dass Bekenntnisse unnötig sind und nicht taugen. Heute nun hört die Rednerin, die Vorstösse seien Symbolpolitik und unnötig. Heute, (wie auch vor zwei Wochen) heisst es, man solle ganz konkrete Vorschläge einbringen. Jetzt heisst es aber: Das ist es auch wieder nicht. Die Gegenseite macht gar keine konkreten Vorschläge. Es wird bloss alles abgelehnt, was von der Ratslinken kommt – mit der Begründung, man solle etwas anderes machen. So kommt man garantiert nicht weiter! Wenn man weiterkommen will, dann darf man auch von der Gegenseite konkrete Vorschläge erwarten – und nicht nur die blosser Ablehnung mit der Begründung: «Es ist ja schon gut, aber werdet konkreter.» Das ist nur eine Frechheit gegenüber den Menschen, die sich im Moment in dieser Thematik engagieren.

**Georges Thüring** (SVP) wendet sich an Stefan Zemp: Was in Sissach und Umgebung gemacht wird, wird im ganzen Baselbiet so gemacht – dies als Klarstellung. Darum ist es nicht zu verstehen, warum die andere Ratshälfte diese Diskussion führt. Wie würde es aussehen, wenn die Lehrerschaft und die Mitorganisatoren dieser Demonstrationen mit den Kindern schauen würden, dass nachher keine Abfallberge zurückbleiben? Das wäre ein gutes Beispiel. Die Ratslinke schaut nur hin, wenn die Jungen auftreten und schreien – was an Abfall liegen bleibt (wofür der Steuerzahler aufkommen muss), ist für die andere Ratshälfte nicht interessant. Man soll endlich aufhören, einander Vorhaltungen zu machen.

«Macht doch etwas», nimmt **Jürg Vogt** (FDP) ein Votum von Miriam Locher auf: Dabei wurde nur davon geredet. Man hat Vertrauen in die Regierung, dass sie das umsetzt. Balz Stückelberger hat die OK erwähnt – es ist nicht klar, was man mehr machen kann.

://: Mit 47:28 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat abgelehnt.

---